

Die Entwicklung der NATO nach dem Chicago Gipfel

Autor(en): **Kunz, Roy / Bornhauser, Philip R.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 5

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-327669>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Entwicklung der NATO nach dem Chicago Gipfel

Am strategischen Seminar der Konrad Adenauer Stiftung vom 27.–30. Januar 2013 in Wesseling bei Köln analysierten Offiziere der Confédération Interalliée des Officiers de Réserve (CIOR) die gegenwärtige Situation des Nordatlantischen Bündnisses, unter Berücksichtigung der Unruhen im Mittleren Osten sowie im nordafrikanischen Gürtel.

Roy Kunz, Philip R. Bornhauser

Während sechs Jahrzehnten hat die NATO die politische Morphologie dieses Planeten verändert. In jüngster Vergangenheit allerdings erlangten gewalttätige Geschehnisse geostrategische Bedeutung, weshalb auch an diesem CIOR-Seminar die Frage aufgeworfen wurde, ob sich das euroatlantische Bündnis nicht in seiner operativen Dimension überschätze und zunehmend das Gegenteil von dem erzeuge, was ursprünglich Sinn und Zweck der Organisation war, nämlich den Frieden in Europa zu erhalten.

Die Entwicklungen der weltweiten Krisenherde gaben zur Frage Anlass, wie es am Hindukusch, in Syrien, Palästina und in Nordafrika weitergehen soll. Die NATO ist keine transatlantische Organisation, die in der Lage wäre, weltweit den humanitären, gesellschaftlichen, ethnischen und religiösen Irr- und Wirrnissen unserer Zeit erfolgreich (und nachhaltig) entgegen zu treten. Einige Referenten zeigten auch auf, dass viele Europäer die ökonomische Gefährdung des euroatlantischen Westens durch den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas zusehend als ernstzunehmende Bedrohung empfänden. Darüber hinaus habe auch die beachtliche wirtschaftliche Leistung Indiens ihrerseits zum schwindenden Einfluss der westlichen Industrie-Nationen im südasiatisch-pazifischen Raum beigetragen.

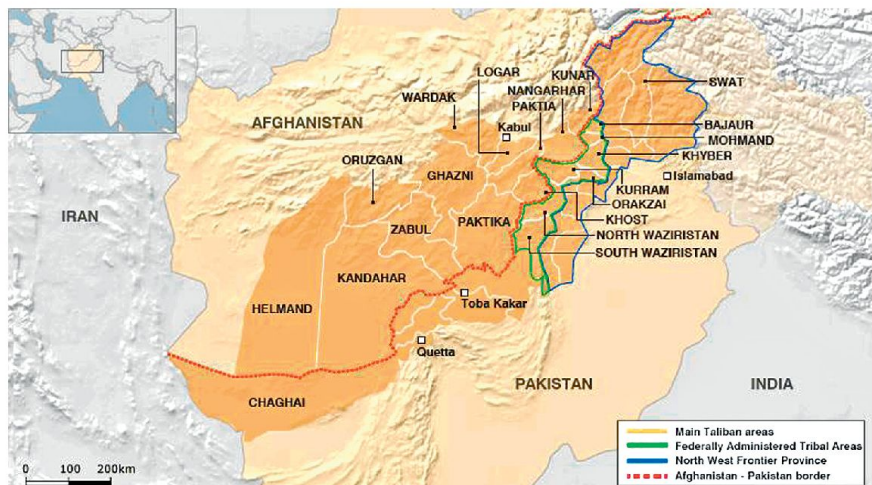
In seinem Referat zeigte Professor Nikitin (Russland) auf, dass die Erweiterung des Bündnisses von derzeit noch 28 Mitgliedstaaten zu ernsthaften Bedenken Anlass gebe, nicht zuletzt auch deshalb, weil doch viele dieser Mitgliedstaaten instabil und ökonomisch nahezu bankrott seien, was zu einer nicht nur vorteilhaften Abhängigkeit von anderen Ländern führe.



CIOR-Seminar 2013, Arbeitsgruppe. Bild: Henry Plimack

Die Analysen der Referenten dieses Seminars zeigten, dass das nordatlantische Bündnis eine Politik entwickeln muss, die Russland größere Handlungsfreiheit einräumt. Wie Nikitin ausführte, sei es anzustreben, dass das durch den Zerfall der Sowjetunion marginalisierte Russland in eine engere Beziehung mit der euroatlantischen Gemeinschaft eingeschlossen werde. Mehrfach wurde in

Die NRF kam in Afghanistan nicht zum Einsatz. Quelle: CIOR-Seminar



den Vorträgen die Frage angesprochen, ob die Allianz wohl nicht davon absehen sollte, eine weltweit operierende Organisation bestehender, angeblicher oder angehender Demokratien werden zu wollen. Das Debakel in Afghanistan hat dazu geführt, dass die europäischen Nationen sich nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen zunehmend von der in der NATO dominierenden Aussenpolitik der USA distanzieren.

NATO Response Force (NRF)

Die in der Vergangenheit hochgejubelte NATO Response Force (NRF) wurde zum Sinnbild der derzeitigen Unfähigkeit der Allianz, sich einer veränderten Umwelt anzupassen. Bereits 2005 wurde in Frage gestellt, ob – auf der Grundlage der politischen Differenzen innerhalb des Bündnisses – die NRF eine effiziente Streitkraft werden könne¹. Ursprünglich sollte die NRF ein Eliteverband werden, der mit genügend Mitteln und Kräften ausgerüstet sein sollte, um auf der ganzen Welt zeitgerecht militärisch eingreifen zu können. Obschon sich die Situati-

on in Afghanistan zusehends verschlimmerte, blieb die NRF operativ inaktiv. Das mangelnde Interesse der Bündnispartner an diesem vermeintlichen Eliteverband manifestiert sich überdies auch im Umstand, dass seit 2010 keine Publikation auf der NATO-Webseite mehr die NRF erwähnt. Im Ergebnis muss damit wohl festgehalten werden, dass zehn Jahre nach der Gründung der NRF dieser Verband neu ausgerichtet werden muss. Dabei gilt es, auf die neuen Krisenherde sowie die massiven, geopolitischen und sozialen Veränderungen der Gegenwart zu fokussieren. Dabei dürfte es sich unseres Erachtens für die NATO lohnen, die NRF im Sinne einer effizienten multinationalen Kooperation neu auszurichten und sie in ein Instrument der militärischen Interoperabilität des Nordatlantischen Bündnisses umzuwandeln. Damit dürfte auch der Zeitpunkt gekommen sein, gemachte Fehler zu korrigieren und die weitestgehend aus Eigennutz induzierte Lethargie der Bündnispartner zu überwinden. Dabei darf aber nicht unberücksichtigt bleiben – und dies zeigte auch das CIOR-Seminar in Wesseling – dass das neue Schwergewicht der amerikanischen Aussenpolitik im Pazifischen Raum unweigerlich die Frage aufwirft, ob die (vor einer weiteren Vergrösserung stehende) Allianz überhaupt noch als eine North Atlantic Treaty Organization zu qualifizieren sei².

Syrien

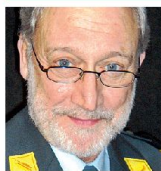
Der syrische Bürgerkrieg ist ein seit geraumer Zeit ausgetragener Konflikt zwischen den Baath-Parteitreuen Kräften und den Aufständischen, die ein Ende der korrupten Wirtschaftspolitik und den Sturz der Baath-Regierung von Präsident Baschar al-Assad anstreben. Die Ideologie des Baathismus verbindet nationalistischen Panarabismus und revolutionären Säkularismus mit den Elementen eines arabischen Sozialismus. Der Konflikt begann am 15. März 2011 mit Demonstrationen, im Sog des Arabischen Frühlings. Die Protestbewegung forderte das Ende der seit nahezu fünf Dekaden herrschenden Baath Hegemonie und den Rücktritt des Präsidenten. Im April 2011 mobilisierte die syrische Regierung die Streitkräfte, mit dem Ziel, die Aufstände niederzuschlagen. Der Truppe wurde sogar befohlen, das Feuer auch auf Zivilisten zu eröffnen, wodurch sich der Konflikt unweigerlich in einen grausamen

Bürgerkrieg verwandelte. Die Opposition bewaffnete sich zunehmend und organisierte sich paramilitärisch, wobei sie materielle und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhielt. Dennoch gelang es den Rebellen bis heute nicht, sich als strukturierte Streitmacht zu etablieren oder gar eine Führung auf operativer Stufe zu institutionalisieren. Dies dürfte wohl auch der Grund dafür sein, dass das Regime die Aufständischen als Gruppe bewaffneter Terroristen betrachtet.

Die Arabische Liga, die EU sowie die Vereinigten Staaten und weitere Länder haben den Einsatz brutaler Gewalt gegen die Aufständischen verurteilt. China und Russland brachten die Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO gegen Syrien zu Fall, weil die beiden Vetomächte die Auffassung vertreten, dass eine militärische Intervention ausländischer Streitkräfte in Syrien keine Lösung herbeiführen kann – wie dies bereits zuvor die Interventionen der Russen und später der westlichen Allianzen in Afghanistan gezeigt haben³.

Weitere Informationen finden sich auf der offiziellen CIOR-Homepage: www.cior.net.

- 1 Vgl. dazu Michael Mihalka, NATO Response Force: Rapid? Responsive? A Force? in: PifP Consortium Quarterly Journal, vol. 4, no. 2, Summer 2005, pp. 67–80.
- 2 So Guillaume Lasconjarias, The NRF: from a Key Driver of Transformation to a Laboratory of Connected Forces Initiative, NATO Defence College, Rome – No. 88 – January 2013.
- 3 Wie Roy Kunz in der Sonntagskolumne der Südostschweiz vom 4.11.2012, S.2, bereits dargelegt hat, manifestierte der amerikanische Wahlkampf deutlich, dass die Hegemonialpolitiker der Vereinigten Staaten dieses Phänomen nicht nachvollziehen können.



Oberst
Roy Kunz
Kdt aD Kantonspolizei
Dozent Allg. Staatsrecht
Mitglied Kom. Intern. SOG
6314 Unterägeri ZG



Major i Gst
Philip R. Bornhauser
Dr. iur., MCI Arb
Rechtsanwalt
Mitglied Kom. Intern. SOG
8049 Zürich

Das Wort des CdA



Danke!

An wie vielen Vereinsversammlungen waren Sie bereits dieses Jahr? Ich jedenfalls durfte anlässlich der SOG-DV in Thun, an kantonalen und regionalen Generalversammlungen in Rorschach, Biel und dem Jura, aber auch bei Delegiertenversammlungen von Schützenvereinen oder anlässlich von historischen Feiern wie der «Näfelser Fahrt» oder des «Sechseläuten» im März und April viele von Ihnen – geschätzte Kameraden – wiedersehen. Allen diesen Milizorganisationen ist eines gemeinsam: In den Vorständen sind engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die im Alltag weit mehr als das Notwendigste für unsere Gesellschaft leisten. In der Regel sind es die gleichen Personen, die auch in Beruf, Politik, Wirtschaft, Kultur oder auch in der Armee grosses Engagement zeigen. Ihnen allen gebührt deshalb heute mein ganz spezieller Dank. Ich danke Ihnen besonders, wenn Sie dieses Engagement auch für die Sensibilisierung zum Thema Sicherheit einsetzen. Wenn sonst kaum jemand über dieses Thema spricht, muss das eben die Armee tun. Dass wir dies offen tun dürfen, ist denn auch ein besonderes Privileg in unserem Land. Wenn bei uns ein Armeeingehöriger mehr Mittel für die Sicherheit fordert, dann hat das eben keinen schalen Beigeschmack, sondern ist ein Ausdruck unserer mündigen Bürger in Uniform. Dank der Wehrpflicht ist die automatische demokratische Kontrolle der Streitkräfte sichergestellt. Weshalb wir gut zu unserer Sicherheit Sorge tragen sollten, sehen wir täglich in den Medien. Lesen Sie beispielsweise das SPIEGEL-Interview des luxemburgischen Premierministers Jean-Claude Juncker, in welchem dieser das Jahr 2013 mit dem Jahr 1913 vergleicht. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir müssen nicht vor einer drohenden Kriegsgefahr warnen. Soweit sind wir glücklicherweise nicht. Aber seien wir ehrlich: Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee